

**Die 8-fach willkürliche Inzidenz - Instrument der Selbstermächtigung:**

<p><b>1.</b> <b><u>Manipulierte</u></b> <b><u>Medizintheorie</u></b></p> <p>kein Isolat, Kochsche Postulate unerfüllt, undefinierte Begriffe: Pandemie und Herdenimmunität</p>	<p><b>2.</b> <b><u>Untauglicher</u></b> <b><u>Drosten-PCR-Test</u></b></p> <p>von internationalen Wissenschaftlern in 10 Punkten als unhaltbar kritisiert</p>	<p><b>3.</b> <b><u>Fehlende</u></b> <b><u>sachliche Abgrenzung:</u></b> <b><u>'an oder mit Corona'</u></b></p> <p>Infektions- u. Todesfälle ohne Begleitumstände wie z. B. Symptome</p>
<p><b>4.</b> <b><u>Nicht berücksichtigter</u></b> <b><u>Testumfang</u></b></p> <p>Dunkelziffer bleibt verdunkelt, Hochrechnung auf die Bevölkerung fehlt</p>	<p><b>?</b></p>	<p><b>5.</b> <b><u>fehlende personelle</u></b> <b><u>Abgrenzung</u></b></p> <p>Mehrfachtests der selben Personen werden nicht herausgerechnet</p>
<p><b>6.</b> <b><u>Fehlende zeitliche</u></b> <b><u>Abgrenzung</u></b></p> <p>In die sog. '7-Tages-Inzidenz' fließen z. T. uralte Daten ein</p>	<p><b>7.</b> <b><u>Bewirkte</u></b> <b><u>Verschlimmerung</u></b></p> <p>Unter der erzeugten Panik war die Behandlung nicht selten suboptimal, (z. B. viel zu frühe Druckbeatmung)</p>	<p><b>8.</b> <b><u>Willkürlich festgelegter</u></b> <b><u>Grenzwert</u></b></p> <p>keine Berücksichtigung der tatsächlichen Belastungssituation des Gesundheitssystems</p>

Nachdem die Landesregierungen von 16 Bundesländern über ein Jahr lang ihre eigene Hilflosigkeit erprobten,

sich dabei Erfolge regelmäßig nativ selbst zuschrieben, Misserfolge hingegen ihren ungehorsamen Kritikern, haben sie nun -

wie auch die große Mehrheit der Bevölkerung - das föderale Durcheinander satt und werden froh sein, die Verantwortung an den Bund abtreten zu können.

In Wahrheit wird lediglich föderaler Quatsch durch zentralistischen Quatsch ersetzt und ein weiterer Schritt in Richtung Diktatur vollzogen.

Die Tatsachenferne unserer Staatsdiener, wird dabei erheblich verschlimmert, juristische Kontrolle unmöglich gemacht, das Wesen unserer Rechtsstaatlichkeit und damit auch die fundamentale Gewaltwirkungsordnung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung beseitigt, ergo das Widerstandsrecht eröffnet. - Weitere, mit Quellen belegte Ausführungen in Kürze bei:

## **Der Anspruch (Auswahl):**

Um eine Gefahr abzuwenden, muss sie korrekt identifiziert werden.  
Wir Deutschen sind für Gründlichkeit berühmt.  
Und wenn wir etwas falsch machen, dann machen wir es gründlich falsch.

Das Desaster von 1945 steigerte die Angst, etwas verkehrt zu machen ein weiteres mal. Unser Grundgesetz 1949 sollte mit seinen Grundrechten garantieren, dass sich das Schlimmste nicht wiederholen kann: Die vom Volk beauftragte und bezahlte Staatsgewalt sollte durch Trennung Gewalten kontrolliert und in ihrer Machtentfaltung begrenzt sein.

**Art. 1 (1) S. 2 GG:** "Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

**Art. 1 (3) GG:** "Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht."

**Art. 2 (1) GG:** "Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt."

**Art. 19 (2) GG:** In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

Gemäß dieser Vorgaben

**"handelt der Staat in treuhänderischer Aufgabenwahrnehmung für die Bürger und ist ihnen rechenschaftspflichtig (1 BvR 699/06 Abs. 49<sup>1</sup>)."**

Zwar hat insbesondere die Exekutive ihre Befugnis zur Gefahrenabwehr inklusive eines denknotwenigen Ermessensspielraumes welcher wiederum auf einer gewissen ihr zuzubilligenden Einschätzungsprärogative beruht.

Doch sachfremde Erwägungen, die Verfolgung anderer Interessen, als das Wohle des deutschen Volkes oder gar die Ergreifung von Willkürmaßnahmen zur Rechts- oder Interessensbeschneidung des deutschen Volkes sind allen Staatsgewalten von Geist und Wesen des Grundgesetzes - der verfassungsmäßigen Ordnung sowie vom Sittengesetz her verstellt.

Ebenso wenig werden die wirklichkeitsferne Tatsachendarstellung und die Ignoranz gesamtgesellschaftlich drängender Fragen der hier dargelegten Rechenschaftsverpflichtung gerecht.

Auch Regierungshandeln ist die Realisation grundgesetzlich definierter Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit sowie der Eigentumsgarantie. Eine ins Falsche pervertierte Regierung kann ihre Legitimation nach Art. 18 GG verlieren!

---

<sup>1</sup> [https://leak6.de/biblio/1\\_BvR\\_0699-006%20Meinungs+Versammlungsfreiheit+Grundrechtsbindung\\_im\\_Flughafen.pdf](https://leak6.de/biblio/1_BvR_0699-006%20Meinungs+Versammlungsfreiheit+Grundrechtsbindung_im_Flughafen.pdf)